

oder amerikanischen Zone lag, herrschte Konsens zwischen Militärregierung und Landesregierung. So gelang es in Rheinland-Pfalz in den Nachkriegsjahren, als die übrigen westdeutschen Länder aus humanen Gründen auf die Ausweisung von Evakuierten verzichteten und fast acht Millionen Heimatvertriebene aufnahmen, mehr Menschen abzuschieben als aufzunehmen.

Dennoch ließ sich nicht ganz verhindern, daß vereinzelt Flüchtlinge »einsickerten«. Im Verhältnis zur amerikanischen und englischen Zone war das zwar eine verschwindend geringe Zahl, doch führte ihre Unterbringung bei einheimischen Familien zu scharfen Spannungen und gelang vielfach nur unter polizeilicher Zwangsandrohung. Neben der Abwehr der Flüchtlinge in den Nachkriegsjahren ist die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen des Bundesumsiedlungsprogramms nach 1950 ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit. Auch als die rheinland-pfälzische Landesregierung ihre Flüchtlingspolitik ohne die Besatzungsmacht machen konnte, blieb die Haltung restriktiv. Für die Aufnahme der Umsiedler wurden wenig Vorbereitungen getroffen, so daß viele das Land schnell wieder in Richtung Ruhrgebiet oder Rhein-Main-Region verließen.

Die Studie zeigt, daß die Aufnahme von Flüchtlingen sehr stark von der Haltung der Besatzungsmacht und der deutschen Landesregierung und Verwaltung bis hinunter zum Bürgermeister abhing. Sie zeigt darüber hinaus, daß die Abschottung der französischen Zone und die Anwendung restriktiver Kriterien bei der Auswahl – arbeitsfähig und katholisch – weder der Besatzungsmacht noch dem Land Rheinland-Pfalz genutzt hat. Es stellte sich nämlich bald heraus, daß die Flüchtlinge keine Almosenempfänger blieben, sondern entscheidend zum Wirtschaftsaufschwung in ihren Aufnahmelandern beitrugen.

Es fehlt in der Arbeit die Suche nach gegenläufigen Tendenzen, die es im Lande z. B. bei den Kirchen und politischen Parteien und der Flüchtlingsverwaltung sicherlich auch gegeben hat. Erwähnt wird nur, daß eine Reihe von Bürgermeistern sich aus humanitären Gründen über die Vorschriften hinwegsetzten und Flüchtlingen, die trotz aller Verbote in das Land gekommen waren, Aufenthaltsgenehmigungen und Lebensmittelkarten ausstellten. Auch bei der Darstellung der französischen Haltung hätte man sich mehr Verständnis gewünscht, war doch die deutsche Besatzung gerade erst aus Frankreich abgezogen.

*Bernhard Parisius, Osnabrück*

Barbara Sallinger, Die Integration der Heimatvertriebenen im Landkreis Günzburg nach 1945, Schriften der Philosophischen Fachbereiche der Universität Augsburg, München 1992, 440 S., brosch., 64 DM.

In ihrer Dissertation will die Autorin den »Normalfall« der Eingliederung von Flüchtlingen in Bayern auf dem Lande beschreiben. Ihr Untersuchungsgebiet, der heutige schwäbische Landkreis Günzburg, bietet dafür gute Voraussetzungen, setzt er sich doch aus drei unterschiedlich strukturierten Gebieten zusammen: dem landwirtschaftlich geprägten Altlandkreis Günzburg und der Kleinstadt Günzburg. Die Vergleiche des Verlaufs der Eingliederung in den drei Verwaltungsgebieten machen einen Großteil des Reizes der klar gegliederten Arbeit aus. Einem Kapitel über die erste Unterbringung der Vertriebenen folgen zwei Abschnitte zur wirtschaftlichen Eingliederung, wobei auch der Wiederaufbau der sudetendeutschen Lederhandschuhindustrie im Altkreis Günzburg geschildert wird, und den Schluß bilden Aspekte der politischen, sozialen und kulturellen Integration.

Bereits bekannte Befunde aus anderen Studien über die Aufnahme von Flüchtlingen auf dem Lande werden bestätigt: Noch bis nach der Währungsreform standen sich Vertriebene und Einheimische als zwei Blöcke gegenüber, und auf beiden Seiten konnte man sich nicht

vorstellen, wie sich die Lage verbessern sollte. Ein Indiz für diese Polarisierung sieht die Autorin im Wahlerfolg des BHE, der bei den Landtagswahlen 1950 hier über 20 % der Stimmen errang. Im Laufe der 1950er Jahre entspannte sich das Verhältnis, als viele Flüchtlinge aus abgelegenen Dörfern in Zentralorte wegzogen, wo sie eine Wohnung und einen Arbeitsplatz fanden. Der »Normalfall« war freilich ein Arbeitsplatz als Angelernter im verarbeitenden Gewerbe. Nimmt man den Rückgang der BHE-Stimmen als Indikator für eine wachsende Integration, dann verlief dieser Prozeß in der Stadt und im Altkreis Günzburg schneller als im stärker landwirtschaftlich geprägten Altkreis Krumbach. Im gesamten Untersuchungsgebiet war dieser Prozeß aber Mitte der 1960er Jahre abgeschlossen.

Neue Erkenntnisse bringt eine Umfrage der Autorin: Aufgrund von 411 ausgefüllten Fragebögen kann sie nachweisen, daß auch heute noch ein Rest von 10 % der Erlebnisgeneration sich nicht voll integriert fühlt. Besonders hoch ist dieser Anteil unter Hausfrauen (25 %) und ehemals Selbständigen (20 %), vor allem bei den Landwirten. Am schnellsten integriert haben sich Kinder und Jugendliche. Dies zeigt auch die große Bedeutung der Schule für die Integration, die in Bayern deshalb besonders günstig wirkte, weil die sudeutschen Flüchtlinge auch überwiegend katholisch waren.

Die Autorin sieht in der Umfrage ihre Ergebnisse bestätigt. Vor allem der gemeinsame Schulbesuch und die Kontakte zwischen Flüchtlingen und Einheimischen bei der Arbeit haben demnach die Integration gefördert. So plausibel es auch ist, daß gemeinsames Arbeiten Flüchtlinge und Einheimische einander näher brachte, so bleiben doch noch Fragen offen, die allerdings in der ganzen bisherigen Forschung weitgehend ausgespart wurden: Ein großer Teil der Vertriebenen blieb nämlich auch bei der Arbeit unter sich, waren doch ein Drittel von ihnen in Flüchtlingsbetrieben beschäftigt, in denen bekanntlich ein besonders gutes Betriebsklima und ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl herrschten. Die Umfrage zeigte auch, daß die meisten Flüchtlinge mehr Kontakt untereinander gehabt haben als mit Einheimischen. Die Integration kann also durchaus auch dadurch gefördert worden sein, daß die Flüchtlinge ein Stück Sozialkultur aus ihrer alten Heimat in der neuen Heimat weiterführen konnten. Dies gab ihnen einen Halt und führte schließlich genauso zur Integration wie der bisher häufig als einzig erfolgreiche Integrationsmöglichkeit skizzierte Weg über gemeinsame Arbeit mit Einheimischen und vermischtes Wohnen.

*Bernhard Parisius, Osnabrück*

Guido Fleischhauer, Vom Neubürger zum Heilbronner. Die Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen im Stadtkreis Heilbronn nach dem Zweiten Weltkrieg, Stadt Heilbronn, Heilbronn 1992, 403 S., geb., 48 DM.

Heilbronn gehörte zu den im Zweiten Weltkrieg stark zerstörten Städten und wurde deshalb durch die Besatzungsmacht von der Verpflichtung befreit, Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten aufnehmen zu müssen. Dennoch gewährte die Stadt bis 1950 fast 3 000 Vertriebenen freiwillig Unterkunft, während noch 6 000 Evakuierte auf die Genehmigung zur Rückkehr in ihre Heimatstadt warteten. Dem Autor gelingt es überzeugend, die Hintergründe dafür aufzudecken und die Unterschiede gegenüber der oft genug unter Zwang erfolgten Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen auf dem Land und in kaum zerstörten Kleinstädten deutlich zu machen. In acht Kapiteln werden die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Grundzüge der Geschichte Heilbronns vor 1945 vorgestellt, die besonderen Bedingungen zwischen 1945 und 1948 beleuchtet sowie Unterbringung und berufliche Eingliederung der Flüchtlinge unter besonderer Berücksichtigung des Lastenausgleichs dargestellt und schließlich das politische Verhalten und die soziokulturelle